

POLITISCHE BÜCHER

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER



Eurokommunisten: Enrico Berlinguer, Santiago Carrillo und Georges Marchais

Foto Wolfgang Haut

Das Experiment

Eurokommunismus – die moskaukritische Version eines demokratischen Sozialismus wird noch einmal ausführlich unter die wissenschaftliche Lupe genommen.

Marx hatte doch recht. Der Kommunismus war ein Gespenst. Er erschreckte viele Menschen und löste sich nach hundertfünfzig Jahren wie ein böser Spuk wieder auf. Allerdings sollte man vom Kommunismus im Plural sprechen. Bereits 1976 hatte Leszek Kolakowski in drei dicken Bänden einen systematischen Überblick über die wichtigsten Richtungen und Strömungen des Marxismus gegeben. Fast vergessen ist heute die Spielart des Eurokommunismus, der von den Gralshütern der Ideologie im Moskauer Kreml äußerst skeptisch beobachtet wurde. Ein internationales Team von Historikern hat nun einen lesenswerten Band zu diesem Thema herausgegeben, in dem die prekäre Stellung des Eurokommunismus zwischen Ost und West neu gedeutet wird.

Der Begriff Eurokommunismus ist keine Selbstbezeichnung, sondern wurde 1975 von einem jugoslawischen Journalisten in Italien geprägt. Mit diesem Namen beschrieb Frane Barbieri ein neues Phänomen, das er bei den kommunistischen Parteien in Italien, Spanien und Frankreich beobachtete. In allen drei Fällen insistierten die westeuropäischen Kommunisten auf einem autonomen Weg, der die kulturellen und historischen Gepflogenheiten der eigenen Nation respektierte. Dazu gehörte insbesondere die Aufkündigung des Führungsanspruchs, den die sowjetische „Mutterpartei“ nach wie vor in aller Deutlichkeit vertrat.

Eine entscheidende Rolle bei der Entstehung des Eurokommunismus spielte die militärische Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 durch sowjetische und andere Ostblockarmeen, die von den westeuropäischen Genossen kritisch gesehen wurde. Gleichzeitig bedeutete der

Eurokommunismus eine Annäherung der jeweiligen Kommunisten an die demokratischen, freiheitlichen und republikanischen Strukturen in Italien, Spanien und Frankreich. Allerdings waren in diesen drei Ländern die Voraussetzungen für eine kommunistische Politik denkbar unterschiedlich.

Die italienischen Kommunisten befanden sich in der komfortabelsten Lage. In den Siebzigerjahren konnten sie unter ihrem populären und weit über die Parteigrenzen hinaus respektierten Chef Enrico Berlinguer fast ein Drittel der Wählerstimmen auf sich vereinen. Berlinguer glaubte zwar nach wie vor an die Vorzüge einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, schwor aber dem Einsatz von politischer Gewalt zur Erreichung seiner politischen Ziele ab. Er distanzierte sich vor allem vom Terror der „Roten Brigaden“, die während der sogenannten „bleiernen Jahre“ die italienische Gesellschaft in Angst und Schrecken versetzten.

Berlinguer äußerte sich sogar positiv zur italienischen NATO-Mitgliedschaft und gab die Lösung aus, dass die italienischen Kommunisten „weder antiamerikanisch, noch prosovjetisch“ sein dürften. Immer wieder forderte Berlinguer eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten. Die Voraussetzungen dafür hatte er 1973 im „historischen Kompromiss“ mit Aldo Moros Christdemokraten geschaffen. Die beiden Volksparteien einigten sich auf eine Politik des „gegenseitigen Nicht-Misstrauens“ und der „solidarischen Zusammenarbeit“. Allerdings beendete die nie ganz aufgeklärte Ermordung Aldo Moros 1978 diese Pläne und verbannte die kommunistische Partei zurück in ihre angestammte Rolle als Opposition.

In Spanien konnte die Kommunistische Partei erst 1977 aus der Illegalität in die politische Öffentlichkeit eintreten. Der Deal bestand darin, dass der Generalsekretär Santiago Carrillo nach dem Tod des faschistischen Diktators Franco die konstitutionelle Monarchie als Staatsform anerkannte. Carrillo befürwortete den Beitritt Spaniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Sicherheitspolitisch trat er für eine Auflösung der NATO und des Warschauer Paktes ein. 1978 brach er offen mit der leninistischen Tradition. Auf einem Parteikongress verabschiedeten die spanischen Kommunisten die sowjetische Vor-

stellung, dass der Leninismus „der Marxismus unserer Epoche“ sei. Konkret bedeutete diese Formulierung einen Verzicht auf die Diktatur des Proletariats und die Einbindung aller sozialistischen Kräfte in einen demokratischen Prozess. Santiago Carrillo verglich den Kommunismus mit dem Christentum, dessen Überzeugungen sich von einem Sektenglauben zu einer gesellschaftlichen Werthaltung gewandelt hatten. Innerhalb der Kommunistischen Partei Spaniens war Carrillo nicht unumstritten. Viele kritisierten seinen autoritären Führungsstil, unter ihnen der KZ-Überlebende Jorge Semprún.

Nur eine Episode blieb der Eurokommunismus für die französischen Kommunisten, die in ihrer Außenpolitik durchaus gaullistische Tendenzen aufwiesen. Schon der langjährige Parteichef Maurice



Der Eurokommunismus. Schlüsseltexte und neue Quellen. Herausgegeben von Francesco di Palma, Walther L. Bernecker und anderen
Metropol-Verlag, Berlin 2024, 310 S., 24,- €

Thorez war kurz Minister in de Gaulles Nachkriegsregierung gewesen und hatte 1946 entrüstet die Vorstellung zurückgewiesen, dass Deutschland wieder eine dominierende wirtschaftliche Position in Europa einnehmen könnte. Gleichzeitig berief er sich auf die „glorreiche Tradition“ der jakobinischen Revolution und forderte einen französischen Sonderweg zum Sozialismus, in dem sogar Katholiken willkommen wären. Einen ähnlichen Zungenschlag hatte ein Interview mit dem Parteichef Georges Marchais im Jahre 1979, der „die Bewahrung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität“ als „unbedingt notwendig“ bezeichnete.

Als Höhepunkt des Eurokommunismus darf die Madrider Tagung von 1977 gelten, auf der die drei Generalsekretäre der kommunistischen Parteien Italiens, Spaniens und Frankreichs eine gemeinsame Erklärung verabschiedeten. Darin bekannten sie sich zu einem politischen Pluralismus und zur Meinungsfreiheit.

Solche Töne klangen in den Ohren der Kremelführung unter Leonid Breschnew wie eine Kakophonie. Die Moskauer Parteibonzen waren schon 1973 so weit gegangen, der Kommunistischen Partei Italiens den bewaffneten revolutionären Kampf zu empfehlen. 1975 erwogen die Hardliner im Politbüro sogar eine Diskreditierungskampagne gegen den unbotmäßigen Berlinguer. Allerdings schreckten alle Seiten vor einem endgültigen Bruch zurück.

In der Sowjetunion wollte man ein jugoslawisches und ein chinesisches Szenario vermeiden. Der Bruch Moskaus mit den dortigen Kommunistenführern Tito und Mao hatte die gern so genannte „kommunistische Weltbewegung“ geschwächt. 1981 konnte der Sekretär des Moskauer Zentralkomitees allerdings triumphierend feststellen: „Das Dreieck der eurokommunistischen Parteien ist, wenn es je bestanden hat, auseinandergefallen.“ Schon wenige Jahre später wanderten die eurokommunistischen Ideen jedoch in die Sowjetunion und inspirierten dort Gorbatschows Perestroika.

ULRICH SCHMID



Anti-Eurokommunisten: Leonid Breschnew und Erich Honecker

Foto Imago

Mauer gegen Judenhass

Antworten finden auf Antisemitismus

Sind alle Juden reich? Ermorden sie Kinder für jüdische Rituale? Natürlich lautet die Antwort beide Male: nein! Doch weil judenfeindliche Konzepte und Überzeugungen tief verwurzelt sind, nimmt sich „Die Fragemauer“ vor, mit ihnen aufzuräumen. Das Buch liefert fundierte Informationen statt Gerüchte oder Verschwörungsmysmen – für den eigenen Kopf oder für die Debatte mit anderen. So gibt es seinen Lesern zum Beispiel historischen Kontext an die Hand bei der Frage, woher der Vorwurf kommt, dass Juden Kindermörder seien: Ein Benediktinermönch hatte im 12. Jahrhundert in England behauptet, dass Juden einen kleinen Jungen ermordet hätten. Das Gerücht verselbstständigte sich, setzte sich durch, wurde zu einer Legende. Ein eindrucksvolles Beispiel, wie langlebig antisemitische Erzählungen sind.

Insgesamt 100 kurze Fragen und Antworten zum jüdischen Leben, zur Religion, über Israel und den Antisemitismus selbst finden sich in dem schmalen Band – von „Sagen Juden auch Schalömmchen?“ bis zu „Was sind die Protokolle der Weisen von Zion?“. Es ist damit wohl einer der kompaktesten und niedrigschwelligsten Ratgeber in Fragen rund um das Judentum.

Die „Fragemauer“, das sollten eigentlich 2641 Fragen und Antworten rund um das jüdische Leben und Israel werden, die ebenso vielen judenfeindlichen Straftaten im Jahr 2022 gegenüberstehen. 20 Fragen waren vorbereitet, die restlichen sollten von Interessierten auf einer Internetseite gestellt und von einem Team aus Fachleuten beantwortet werden. Als das Aufklärungsprojekt der Organisation European Leadership Network (ELNET) im Sommer 2023 begonnen hatte, konnte keiner der Initiatoren ahnen, dass die Kampagne gegen Antisemitismus im Herbst auf schmerzhafte Weise an Aktualität gewinnen würde.

Mit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 kam es überall zu mehr antisemitischen Taten, auch in Deutschland. Und bei der „Fragemauer“ liefen von da an etliche Beiträge zu den aktuellen Entwicklungen ein: „Sind Muslime für den aktuellen Antisemitismus in Deutschland verantwortlich?“ oder „Warum kann man propalästinensische Demos nicht rechtssicher verbieten?“. In einer anderen Frage geht es darum, wie man mit Palästinensern solidarisch sein kann, ohne Antisemit zu sein. Diese Fragen gehören nun zu den 100 wichtigsten, die im Buch versammelt sind.

Im Ton bleiben die Antworten meist sachlich unaufgeregt; so lautet die Antwort auf die Frage, wer George Soros sei: „Ein erfolgreicher Unternehmer und Holocaust-Überlebender, auf den häufig antisemitische Ressentiments projiziert werden.“ In einigen Absätzen wird dann Soros’ Leben beschrieben und wie es dazu kam, dass sein Name eine Chiffre für das angebliche jüdische Streben nach Weltherrschaft wurde. Ebenso nüchtern wird erklärt, was es mit der Bezeichnung „auserwähltes Volk“ auf sich hat oder woher der Stern an der Kleidung der Juden im Nationalsozialismus kommt. Und wenn gefragt wird, welche Vorurteile gegen Juden man haben dürfe, ohne ein Judenhasser zu sein, ordnet die „Fragemauer“ zunächst gängige Stereotype wie die „jüdische Hakennase“ in ihren Entstehungskontext ein. Dann heißt es: „Aufgrund dieser tiefen Verwurzelung von Antisemitismus in unserer Geschichte und Kultur ist es nicht ungewöhnlich, oft auch unbewusst antisemitische Vorurteile zu haben. Sie machen einen nicht zum Judenhasser.“ Ein unerflekter Umgang damit aber schon. Die Auseinandersetzung mit den Fragen und Antworten kann helfen, diesen zu durchbrechen. Darum ist „Die Fragemauer“ nicht nur ein Nachschlagewerk, das sich in seiner einfachen Sprache und Unbefangtheit an jüngere Leser richtet, sondern auch ein politisches Buch.

Hin und wieder wird es aber auch humorvoll. So bei der Frage „Spielen Israelis auch Reise nach Jerusalem?“ oder der, ob Juden die besseren Autofahrer seien: „Zumindest am Schabbat, da dann weniger Juden Auto fahren.“

THERESA WEISS



Carsten Ovens (Hrsg.): Die Fragemauer. 100 Antworten zu Jüdischem Leben und Israel.
Henrich & Henrich Verlag, Leipzig 2024, 160 S., 19,90 €.

Corona-Kritik bemerkenswert schlicht

Zu „Dem mündigen Bürger vertrauen“ von Svenja Flaßpöhler, Elisa Hoven, Frauke Rostalski und Juli Zeh (F.A.Z., Staat und Recht vom 8. August): Ja, in der Corona-Pandemie hat die Politik im Umgang mit der Öffentlichkeit vielfach versagt. Aber das und die darauf bezogene Ursachenanalyse sollen – wie die Autorinnen schreiben – die „grundlegende Frage“ einer Aufarbeitung sein? Hauptaufgabe der politischen Führung in einer Pandemie ist der Schutz von Leben und körperlicher Unversehrtheit der Menschen im Lande. So steht es im Grundgesetz, und so sagt es einem eigentlich auch der gesunde Menschenverstand. Also ist die grundlegende Frage doch wohl, ob die politischen Entscheidungsträger und die unter ihrer Leitung tätigen staatlichen Instanzen dieser Aufgabe gerecht geworden sind und ob sie dabei nach bestem Wissen und Gewissen und nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit angemessen gehandelt haben. Das wiederum bedeutet, primär die Perspektive der von der pandemischen Infektion tatsächlich oder möglicherweise Betroffenen einzunehmen und die Beurteilung der Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen des Infektionsschutzes von der Abwägung tatsächlich oder möglicherweise konkurrierender Grundrechte abhängig zu machen. Diese Selbstverständlichkeit hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 27. April 2022 zur Verfassungsmäßigkeit der einrichtungsbegrenzten Impfpflicht in Erinnerung gerufen: Der Schutz von Leben und körperlicher Unversehrtheit vulnerabler Personen in Einrichtungen gegen möglicherweise schwere oder tödliche Erkrankungen hat Vorrang vor dem Schutz der körperlichen Unversehrtheit der Beschäftigten dieser Einrichtungen gegen eine ungewollte Impfung (1 BvR 2649/21, RN 149).

Mit dieser Schutzpflicht des Staates und den damit verbundenen Abwägungsproblemen wollten sich die Autorinnen aber offenkundig gar nicht erst befassen. Das von ihnen gezeichnete Bild von Politik und Staat in der Pandemie ist von bemerkenswerter Schlichtheit. Die Rede ist von mutwillig getriggerten Urängsten, vom Bürger als „Teil einer zu dirigierenden und zu schützenden Masse“, die es „auf Linie zu bringen gilt, um einen vermeintlich alternativen Weg durchzusetzen“. Wenn staatlicher Schutz schlankweg mit Dirigismus gleichgesetzt wird, gewinnt man ungeachtet der hochtrabenden Rhetorik vom fehlenden Respekt für die mündigen Bürgerinnen und Bürger den Eindruck, dass die Verfasserinnen den Bürger als

Grundrechtsträger nicht allzu ernst nehmen. Die mehr als 170.000 Todesopfer der Pandemie allein in Deutschland und das damit verbundene Leid, auch das der Angehörigen und Hinterbliebenen, sind ihnen jedenfalls keine Erwähnung wert. Überhaupt scheinen in dieser Sichtweise die Hauptbetroffenen der Pandemie nicht deren Opfer, sondern die vom Staat kujonierten Überlebenden zu sein. Dabei gibt es sehr konkrete, ja drängende Fragen an Politik, Regierung und Verwaltungen zu Handlungen und Unterlassungen in der Pandemie, die Infektionsrisiken nicht eingedämmt, sondern unbeeinflusst gelassen oder sogar verschärft haben. Warum wurde der aktuelle Stand – nicht der „Standpunkt“, wie die Verfasserinnen es irreführend nennen – der evidenzbasierten Forschung in den Teildisziplinen Virologie, Epidemiologie, Immunologie und Public Health über konkrete Pandemierisiken und notwendige Prävention nicht an zentraler Stelle erhoben, veröffentlicht und erläutert? Wie konnte es passieren, dass der im Auftrag der Bundesregierung erstellte „Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012“ (Bundestagsdrucksache 17/12051 vom 13. Januar 2013) zur Möglichkeit einer „Pandemie durch Virus Modi-SARS“ gänzlich folgenlos blieb? Welche Maßnahmen, die in der 2020 ausgebrochenen Pandemie Menschenleben hätten retten können, sind dadurch unterblieben?

Wie soll die Fragmentierung von Zuständigkeiten im Infektionsschutz überwunden werden, die zur Folge hat, dass trotz weltweit vordringender Zoonosen, also vom Tier auf den Menschen übertragbarer Infektionen, in Deutschland die Zuständigkeiten für Tierkrankheiten und für menschliche Gesundheit auf Ebene der Ministerialverwaltung und der nachgeordneten Behörden getrennt sind? Wäre die Neugründung des 1994 aufgelösten Bundesgesundheitsamts als Bündelungsbehörde eine sinnvolle Maßnahme?

Gibt es einen nachweisbaren Zusammenhang zwischen erhöhter Übersterblichkeit in einzelnen Bundesländern und Regionen im Zuge der Corona-Pandemie und der von Politikern zum Teil offenen und folgenlos propagierten Obstruktion der einrichtungsbegrenzten Impfpflicht? Die mündigen Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen bedeutet, differenzierte und gegebenenfalls verstörende Erkenntnisse in Kauf zu nehmen und so anstelle kollektiver Larmoyanz empathisches Lernen zu organisieren.

PROFESSOR DR. RER. POL. WOLFGANG SEIBEL, KONSTANZ

Mündigkeit braucht Bildung

Zu dem Artikel „Dem mündigen Bürger vertrauen“ (F.A.Z., Staat und Recht vom 8. August): Gerade die Corona-Pandemie hat uns die Unvernunft vieler angeblich mündiger Bürger vor Augen geführt, die trotz aller Evidenz und der zahlreichen Todesfälle oftmals die Existenz der SARS-Coronavirus-Pandemie leugneten und Impfungen, die nachweislich Tausende Leben retteten – auch Leben Ungeimpfter! –, als die größte Gefahr darstellten (von Kuriositäten wie der Behauptung, Wattestäbchen in chinesischen Covid-Tests enthielten infektiöse Morgellons, will ich hier einmal absehen). Ich erinnere mich, dass Wissenschaftler wie Christian Drosten von der Berliner Charité sehr wohl die Bevölkerung über das Wissen (und auch Nichtwissen) über dieses Virus aufklärten und dass in der Politik doch bei Entscheidungen über Maßnahmen der Pandemiebekämpfung zwischen Freiheitsrechten und dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung abgewogen wurde. Sicherlich wurden Fehler gemacht, und sicherlich ist es ein Problem, dass regierende Politiker nicht gern Fehler zugeben, weil es offenbar noch immer keine Fehlerkultur in unserem Land gibt und Politiker, die Fehler zugeben, damit rechnen müssen, nicht mehr wiedergewählt zu werden. Auch ist durchaus zu kritisieren, dass einzelne Politiker in Regierungsverantwortung vergessen, wer in einer Demokratie der Souverän ist.

Über Falschinformationen in den sozialen Medien durch Querdenker verlieren die Autorinnen aber überhaupt

kein Wort, obwohl diese sehr zur Verunsicherung der Bevölkerung und Politikverdrossenheit beziehungsweise zum Vertrauensverlust der Bürger in den Staat beitragen und noch beitragen und mindestens so sehr unsere Demokratie unterwandern und gefährden wie die Politik der Regierenden.

Dass so viele Bürger sich durch falsche Behauptungen und Unterstellungen beeindrucken, beeinflussen und verunsichern lassen, weist auf ein Bildungsdefizit hin. Ich stimme den Autorinnen zu, dass demokratische Politik nur unter Gleichberechtigten möglich ist, unter Mündigen, die sich gegenseitig als solche anerkennen und auch so behandeln. Mündig können aber nur Menschen sein, die sich informieren, die Wissen besitzen, um Informationen richtig einordnen, interpretieren und verstehen zu können, und die aufgrund dieser wissenschaftlichen Informiertheit vernünftig denken und handeln können.

Ich stehe vertrauensvoll zur Idee des mündigen Bürgers – aber noch ist es nur eine Idee, keine Wirklichkeit. Schaffen wir also die wichtigste Voraussetzung wirklicher Demokratie, nämlich den mündigen Bürger durch bessere Bildung, vermittelt durch fachlich, didaktisch und pädagogisch besseren Unterricht an unseren Schulen. Dann hätten wir vielleicht noch eine Chance auf Verwirklichung einer wahrhaftigen Demokratie in einer Post-Fake-Ära.

DR. SVEN BADE, FRANKFURT AM MAIN

Nüchtern und ohne Genderei

Es lässt hoffen, wenn man den Beitrag vier kluger Frauen „Dem mündigen Bürger vertrauen“ (F.A.Z., Staat und Recht vom 8. August) liest. Im klaren Ton wird nüchtern, ohne Genderei, die Anwendung sezierender Begrifflichkeit anschaulich gemacht.

Sie haben recht, wenn sie schreiben: „Noch heute werfen sich manche Leitmedien beinahe schützend vor die Politik, wenn es darum geht, die beschlossenen Maßnahmen und die von Politikern und Wissenschaftlern praktizierte Kommunikationsstrategie anhand der nun endlich veröffentlichten RKI-Protokolle kritisch zu betrachten.“ Es trifft auch auf diese Zeitung zu. Auch das stimmt: „RKI-Protokolle und auch das

bereits 2020 öffentlich gewordene Strategiepapier des Bundesinnenministeriums offenbaren ein äußerst zweifelhaftes Verständnis der Politik von ihrer Rolle und ihrem Verhältnis zu den Bürgern.“

Ebenso recht haben sie, wenn sie darauf hinweisen, wie Worte à la „alternativlos“ oder „die Wissenschaft“ das Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten gefährden. Wohl tut das von den Autorinnen erklärte Menschenbild: „Die meisten Leute haben keine Antennen dafür, ob sie ernst genommen oder aus dem Spiel gedrängt werden sollen.“

ANTONIN ANDERT, TUTZING